

Fact Sheet Bosnien und Herzegowina

Sprachen:

Bosnisch, Serbisch, Kroatisch

Bundesrepublik, zwei Entitäten:

Föderation aus mehrheitlich bosniakischen bzw. kroatischen Landesteilen und der Republika Srpska. Zehn Kantone, ein Sonderverwaltungsgebiet (Brcko).

Staatspräsident:

Bakir Izetbegovic, Nebojsa Radmanovic, Zeljko Komsic (paritätisch nach Ethnien)

Ministerpräsident beider Entitäten:

Vjekoslav Bevanda

Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit EU, Vorstufe für den angestrebten Beitritt. NATO-Beitritt angestrebt

Internationaler Beauftragter und Hoher Repräsentant der UN (HR):

Valentin Inzko (Österreich)

Hat u.a. das Recht, Gesetze zu erlassen und gewählte Politiker abzusetzen.

EU-Sonderbeauftragter (EUSR):

Peter Sörensen (Dänemark)

Budget:

rund 8,2 Mrd. Euro im Jahr 2011 (Vergleich: Steiermark 2011: rund 5 Mrd. Euro). Rund 50 Prozent des Budgets fließen in Verwaltung und Politik, sehr aufwendig wegen doppelter und dreifacher Strukturen.

Einwohner Sarajevo:

rund 390.000

49 Prozent der Einwohner leben in Städten

Durchschnittsalter:

40,7 Jahre

Staatsfläche:

51.197 km² (Steiermark: 16.400 km²)

Einwohner: rd. 4,62 Mio. (Steiermark: 1,21 Mio.)

BIP:

rd. 28 Mrd. Euro (2008)

Durchschnittslohn:

300 - 400 Euro

In der Landwirtschaft sind rund 20 Prozent, in der Industrie rund 32, im Dienstleistungssektor/Verwaltung rund 47 Prozent der Beschäftigten.

Wirtschaftswachstum:

2,2 Prozent (2011)

Arbeitslosigkeit:

unterschiedliche Angaben, zw. 20 und 43 Prozent (2011)

Wichtigste Handelspartner:

Slowenien, Kroatien, Italien, Deutschland, Österreich

Banken und Versicherungsbereich von Österreich, Italien dominiert

Währung:

Bosnische Konvertible Mark (BKM) an den Euro gekoppelt, 1 Euro = rd. 1,92 BKM

Flüchtlinge:

Laut dem UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR war in Westeuropa Deutschland das Land mit den meisten Flüchtlingen aus Bosnien (etwa 320.000, danach Schweden und Österreich mit je rund 90.000 Flüchtlingen. Weiters: Italien (36.000), Dänemark (28.000), die Schweiz (25.000), Norwegen (18.000). Rund 60.000 Bosnier sind in Österreich geblieben. Rund 100.000 Binnenflüchtlinge.

Streitkräfte:

10.000, weiters 5.000 Reserve, drei ethnisch getrennte Regimenter unter gemeinsamem Stab und Kommando. Berufsarmee, Wehrpflicht seit 2006, Teilnahme an NATO-PfP (Partnerschaft für den Frieden), ISAF (Afghanistan).

Polizei:

Einige tausend, Polizeireform 2008

Internationale Kräfte:

EUFOR-Althea: 1.200 Mann EUFOR-Truppen aus 26 Ländern, davon 21 EU-Staaten, weiters u.a. Türkei und Chile (Österreich: rd. 360)

EUPM (European Police Mission):

unter 100, Beratung und Ausbildung, Monitoring



Politik:

Zersplitterte Parteienlandschaft mit rund 30 verschiedenen Parteien.

Die Abgeordneten werden für vier Jahre gewählt. Das dreiköpfige Staatspräsidium setzt sich aus Vertretern der drei konstitutiven „Völker“ - Bosniaken, Kroaten und Serben - zusammen, die sich alle acht Monate mit dem Vorsitz abwechseln.

In die Zuständigkeit des Gesamtstaats fallen gemäß Verfassung die Außenpolitik und der Außenhandel, die Zoll- und Währungspolitik, Migrationsfragen, internationale Strafverfolgung, Telekommunikation und Luftverkehrshoheit. Seit 2006 verfügt die Bundesebene über die Verteidigungspolitik.

Alle anderen Bereiche werden auf der Ebene der Entitäten geregelt. Die Macht der Teilrepubliken umfasst alle Bereiche, die die Verfassung nicht den Zentralinstitutionen zuordnet. Angestrebt wird die Integration der Streitkräfte in europäische und euroatlantische Strukturen und die Beteiligung an UN-Einsätzen.

Nahezu alle Parteien bekennen sich – zumindest offiziell – zum Ziel des EU-Beitritts.

Nach den Wahlen im Oktober 2010 verhinderten Konflikte unter den führenden muslimischen, serbischen und kroatischen Parteien die Bildung einer Regierung. Erst nach fast 15 Monaten, in denen u. a. der Internationale Währungsfonds und die EU ihre Kreditzahlungen ausgesetzt hatten, einigten sich die sechs großen Parteien der drei Volksgruppen Ende Dezember 2011 auf eine neue Regierung. Wäre die Einigung nicht vor dem 1. Januar 2012 zustande gekommen, hätten sämtliche Zahlungen aus dem Staatshaushalt eingestellt werden müssen.

Medien:

- ➔ 3 öffentlich-rechtliche TV-Sender
- ➔ Radio and TV of Bosnia and Herzegovina, Federation TV (2 Sender), and Republika Srpska Radio-TV;
- ➔ fünf lokale Privat-TV-Sender
- ➔ 3 private, quasi-nationalistische TV Sender, mehrere Dutzend unabhängige TV-Sender auf zumeist kommunaler Ebene
- ➔ 3 große öffentlich-rechtliche Radiosender
- ➔ große Zahl lokaler/kommunaler Privatradios
- ➔ rd. 30 Zeitungen: meist im Besitz von Parteien und Interessensgruppen

(Quellen: APA, EUFOR, EUPM, Regierung und Statistik BiH, Wikipedia, World Fact Book)